



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

30. hét

2019.07.22.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Die Spannungen zwischen der alten und der neuen Linken nehmen in Budapest laufend zu:*

Die Budapester werden im Herbst 23 Stadtbezirksbürgermeister sowie den Oberbürgermeister der Hauptstadt neu wählen. Noch vor der politischen Sommerpause scheint die vermeintliche Übereinstimmung zwischen den Oppositionsparteien hinsichtlich der Aufstellung gemeinsamer Kandidaten bereits wieder zu zerfallen. Es ist die Rolle der einst offen antisemitischen Jobbik in dem Zusammenschluss, die zu einer Spaltung führt.

Wirtschaftspolitik – *Im Wert von 488 Milliarden Forint stehen Haushaltsreserven zur Verfügung:*

Abweichend von früheren Haushaltsplanungen hat die ungarische Regierung für 2020 im Staatsbudget Reserven im Gesamtvolumen von annähernd fünfhundert Milliarden Forint eingestellt. Auf diese Weise versucht die Regierung also, abgesehen vom bereits früher angekündigten Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft weitere Mittel einzusetzen, um das vorausgesagte Niveau eines Wirtschaftswachstums von 4 Prozent halten zu können. Das Ausmaß der gebildeten Reserven erlaubt im Bedarfsfall zugleich Stimuli zur Ankurbelung des Inlandsverbrauchs.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Ursula von der Leyen könnte Veränderungen in Europa bringen:*

Die auch mit Unterstützung der Visegrád-Staaten (V4) gewählte deutsche Bundespolitikerin hätte bei ihrer Wahl durch das Europäische Parlament in der vergangenen Woche ganz sicher nicht eine Mehrheit mit neun Stimmen erlangt, wenn die 13 Abgeordneten des Fidesz nicht für ihre Kandidatur an die Spitze der Europäischen Kommission gestimmt hätten. Von der Leyen dürfte für die V4, deren Unterstützung sie derzeit genießt, eine vorteilhafte Politikerin in diesem Amt sein.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Künftig wird ein neues Gebiet zum Justizministerium gehören:*

Es führt zu keinen ernsthaften Veränderungen in den Strukturen der Ministerien, dass das Portfolio der EU-Angelegenheiten in Zukunft unter die Leitung von Justizministerin Judit Varga gelangt, die Funktion des Ministerpräsidentenamtes wird im Zuge dieser Modifizierung jedoch noch deutlicher umrissen. Die Rolle des Justizministeriums dürfte wegen der Rechtsstaatlichkeitsdebatten mit der EU herausragend sein.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE SPANNUNGEN ZWISCHEN DER ALTEN UND DER NEUEN LINKEN NEHMEN IN BUDAPEST LAUFEND ZU

Die Budapester werden im Herbst 23 Stadtbezirksbürgermeister sowie den Oberbürgermeister der Hauptstadt neu wählen. Noch vor der politischen Sommerpause scheint die vermeintliche Übereinstimmung zwischen den Oppositionsparteien hinsichtlich der Aufstellung gemeinsamer Kandidaten bereits wieder zu zerfallen. Es ist die Rolle der einst offen antisemitischen Jobbik in dem Zusammenschluss, die zu einer Spaltung führt.

Als vor zweieinhalb Wochen der Bürgermeister des Stadtbezirks Zugló, Gergely Karácsony, bereits zum zweiten Mal eine gemeinsame Liste der Opposition für Budapest verkündete, hatte es den Anschein, dass der Zusammenschluss der Opposition in der aus ihrem Gesichtspunkt bei den im Herbst anstehenden Kommunalwahlen so relevanten Hauptstadt zustande gekommen ist. Dann aber kam es in weniger als 20 Tagen gleich in zwei Stadtbezirken zu neuerlich aufflammenden, heftigen Diskussionen um die Konzeption der Opposition. Es gibt nämlich keine Übereinkunft, wie man mit der in Budapest weniger relevanten Jobbik umgehen soll, die längst auch auf Landesebene nur noch schwach abschneidet. Die Jobbik behielt auch nach dem Austritt ihres vormaligen Vorsitzenden Gábor Vona die Ausrichtung auf eine Positionierung als Volkspartei bei. Infolgedessen wurden die rechtsradikalen Positionen aufgegeben und die Parteipolitik zunehmend nach links verschoben. Im Ergebnis dieses Prozesses kam es zur Spaltung der Jobbik, bei der die aus der Partei gedrängten Kräfte die neue rechtsradikale Bewegung Mi Hazánk (Unsere Heimat) gründeten. Ein Zusammenschluss mit der Jobbik stellt sich deshalb als großes Dilemma für die linken Kräfte dar, weil die Ungarn diese Partei – wie frühere Erhebungen des Nézőpont-Instituts zeigten – auch weiterhin als die am ehesten radikale, rassistische und antisemitische Formation ansehen. Deshalb riskiert die Linke im Falle eines Zusammenschlusses mit der Jobbik den Verlust ihrer Fundamente. Deshalb gibt es keine Übereinstimmung zwischen der DK, der MSZP und der Solidaritätsbewegung, ob man Kandidaten der Jobbik bei den Wahlen in einzelnen Stadtbezirken unterstützen könne. Außerhalb von Budapest, beispielsweise in Debrecen, ist dies ein Ausschließungsgrund: Dort wird der durch die Jobbik an den Start gebrachte Csanád Kőszeghy einzig durch LMP und Momentum-Bewegung als gemeinsamer Kandidat präsentiert, während ihm die Unterstützung der anderen Parteien fehlt. In der Hauptstadt scheint die Zusammenarbeit aus ähnlichen Gründen zu scheitern: Im 14. Stadtbezirk ist die Momentum bestrebt, die Jobbik zu verdrängen, im Bezirk Elisabethstadt gelang es abgesehen von

einem Sonderduell zwischen DK und Párbeszéd ebenfalls nicht, Akzeptanz für die Jobbik herzustellen, wie es auch im Bezirk Pesterzsébet keine Einigkeit zwischen Jobbik und Momentum gibt. Das lässt vermuten, dass sich der Kampf um Machtpositionen innerhalb der Opposition auch nach der Sommerpause fortsetzen wird. Die Position jenes Csaba Horváth, der im Stamm-Wahlkreis von Gergely Karácsony antritt, wird noch dadurch erschüttert, weil in dem Stadtbezirk das bislang ungelöste Problem des Parksystems seiner Lösung harret, welches Gergely Karácsony mit einem weiteren Geheimvertrag vergeblich aus der Welt zu schaffen versuchte.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

HAUSHALTSRESERVEN IN HÖHE VON 488 MILLIARDEN FORINT

Das Haushaltsgesetz für das kommende Jahr hob abweichend von den Traditionen das Volumen der Finanzreserven gemessen am BIP beträchtlich an. Die ehrgeizige Defizitpolitik stellt zusammen mit der Strategie der Bildung von Reserven eine deutliche Wende in der Haushaltspolitik der ungarischen Nachwendezeit dar.

Beim Haushaltsgesetz handelt es sich um eine der herausragenden Rechtsnormen aller Parlamentszyklen. Im politischen System Ungarns erhält der Entwurf eine außerordentliche Bedeutung, den die Regierung dem Parlament spätestens bis zum 31. Oktober vorzulegen hat. In Ungarn legte die Fidesz-KDNP-Regierung die Fundamente für jene Tradition, das Budget des jeweils kommenden Jahres den Parlamentsabgeordneten unabhängig von einem Wahljahr vorzeitig, noch vor Beginn der Herbstsitzung, vorzustellen. Die jetzt eingebrachte Vorlage weist zahlreiche spezielle Elemente auf, wobei neben dem für das nächste Jahr mit nur 1 Prozent geplanten Haushaltsdefizit das ehrgeizige Ziel eines Wirtschaftswachstums von 4 Prozent sowie eine auf niedrige 2,8 Prozent angesetzte Inflation für sich sprechen.

Hinter der viele Beobachter überraschenden Bildung von Haushaltsreserven dürfte sich eine der wichtigsten Zielstellungen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft verbergen, namentlich die Umsetzung des Wachstumsplans. Die höher als in früheren Jahren mit einem Betrag von 1 Prozent am BIP angesetzte Haushaltsreserve ist in den Kapiteln des Landesschutzfonds und des Fonds für Sondermaßnahmen der Regierung enthalten. Die Summe im Landesschutzfonds beläuft sich auf 378 Milliarden Forint, die Summe der allgemeinen Haushaltsreserven auf 110 Milliarden Forint. Der sich

so ergebende gemeinsame Betrag von 488 Milliarden Forint fällt noch um 260 Milliarden Forint höher aus, als die für 2019 eingestellte Reserve von 225 Milliarden Forint.

Die primäre Zielstellung der höher festgesetzten Reserve könnte darin bestehen, dass die Regierung später mit ihrer im Bedarfsfall erfolgenden Verwendung die Binnennachfrage ankurbeln könnte. Denn das auf vier Prozent angesetzte BIP-Wachstum liegt auch weiterhin um zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Europäischen Union, während heftigere externe Faktoren drohen. Ein solcher externer Faktor wäre eine abgebremste Konjunktur der deutschen Wirtschaft.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

URSULA VON DER LEYEN KÖNNTE EUROPA VERÄNDERUNGEN BRINGEN

Indem sie die erforderliche Mehrheit im Parlament mit 9 Stimmen übertraf und schließlich mit 383 Ja-Stimmen gegen 321 Nein-Stimmen bei 22 Enthaltungen gewählt wurde, wird die vormalige deutsche Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen die nächste Präsidentin der Europäischen Kommission. Die Kandidatin gelangte mit Unterstützung der Parteien des konservativen und rechten Spektrums in ihre Position, während sich die Linken im Parlament gespalten zeigten.

Ausgehend von der mit nur neun Stimmen erlangten Mehrheit lässt sich aussagen, dass Ursula von der Leyen ohne die Unterstützung durch Mitteleuropa und dabei speziell durch die Europaabgeordneten des Fidesz – die alleine 13 Stimmen beisteuerten – mit Wirkung vom 1. November nicht das Amt als Präsidentin der Europäischen Kommission hätte antreten können. Nun beschäftigt alle die Frage, welche Rolle von der Leyen der Europäischen Kommission zugestehen will, und welche EU-Kommissare ihr zur Seite stehen werden. Sowohl bei ihrer Rede vor dem Parlament am vergangenen Dienstag, noch vor ihrer Wahl, als auch in einem Interview für die „Süddeutsche Zeitung“ am vergangenen Freitag meinte sie hinsichtlich der künftigen Rolle der Kommission, dieses Gremium wieder auf seine ursprüngliche Funktion als Wächter über die Verträge ausrichten zu wollen. Mit anderen Worten: Solange Jean-Claude Juncker mit politischen Instrumenten agierte, wünscht von der Leyen, mit davon abweichenden Plänen der Kommission zu operieren. Die erste Frau an der Spitze der Europäischen Kommission wurde durch die Europäische Volkspartei, die liberale Fraktion des französischen Präsidenten sowie durch zwei Drittel der Sozialdemokraten unterstützt. Daneben wurde sie im Lager der Europäischen Konservativen und Reformer durch die

polnische PiS sowie des Weiteren durch die derzeit fraktionsunabhängige M5S unterstützt. Nicht unterstützt wurde ihre Kandidatur durch die Grünen, die Euroskeptiker und die Vereinte Europäische Linke. Von der Leyen hat seit ihrer Wahl in zahlreichen wichtigen Fragen aus ungarischem Blickwinkel vorteilhaft Stellung bezogen. So sagte sie in Verbindung mit der Migration: „Wir müssen weiter gegen das organisierte Verbrechen kämpfen, worunter wir die Menschenschlepper verstehen. Es ist selbstverständlich, dass Schiffbrüchige auf hoher See zu retten sind, was aber nicht bedeuten darf, dass diese Menschen automatisch nach Europa gebracht werden.“ In Verbindung mit Polen und Ungarn sagte sie, „die Ungarn und Polen berührende Rechtsstaatlichkeitsdebatte muss von Emotionen befreit werden. In den mittel- und osteuropäischen Ländern herrscht bei vielen das Gefühl, nicht voll akzeptiert zu sein. Wenn wir die Debatten so scharf führen, wie wir sie führen, trägt das auch dazu bei, dass Länder und Völker glauben, sie seien im Ganzen gemeint, wenn einzelne Defizite kritisiert werden“. Deshalb sei es wichtig, „die Debatten zu versachlichen“. Darüber hinaus ist es wichtig hervorzuheben, dass sie die Rechtsstaatlichkeit als Zielstellung benannte, wobei in Europa niemand dieses Ziel perfekt erreicht hätte.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

KÜNFTIG GEHÖRT EIN NEUES GEBIET ZUM PORTFOLIO DES JUSTIZRESSORTS

Die Tätigkeit von László Trócsányi als Leiter des Justizministeriums fand ein selbstverständliches Ende, nachdem sein Mandat als Listenführer des Fidesz bei den Wahlen zum neuen Europäischen Parlament als gesichert galt, das jedoch mit der Arbeit als Minister nicht vereinbar ist. Ministerpräsident Viktor Orbán benannte als Nachfolgerin Trócsányis Judit Varga, die seither bereits ihre Ernennungsurkunde aus den Händen von Staatspräsident János Áder entgegennehmen konnte. Mit der Ernennung von Judit Varga hat sich zugleich das bisherige Portfolio des Justizministeriums verändert, da die Angelegenheiten der Europäischen Union aus dem Ministerpräsidentenamts in das Justizressort geholt wurden. Das bedeutet keineswegs eine Schwächung der Positionen des Ministerpräsidentenamtes, denn dank dieser Neustrukturierung kann Judit Varga den Arbeitsbereich des von ihr solide geführten Staatssekretariats weiterführen. Die EU-Belange mit den Justizfragen zu verknüpfen erscheint eine allzu rationelle Entscheidung, nachdem sowohl Finnland als Inhaber der Ratspräsidentschaft als auch Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin ein Schwergewicht

darauf legen wollen, die einzelne Mitgliedstaaten berührenden Fragen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit abzuklären. Abgesehen von der Ausweitung des Portfolios ihres Ministeriums kam es zu einer weiteren Personalentscheidung: Auf Vorschlag von Ministerpräsident Viktor Orbán wurde der Staatssekretär des Ministerpräsidentenamtes, Szabolcs Ferenc Takács, mit Wirkung vom 16. Juli seines Amtes entbunden, der fortan als Ministerieller Beauftragter im Ministerium für Auswärtiges und Außenwirtschaft für den Brexit zuständig sein wird. Es gibt zudem Gerüchte, wonach Szabolcs Takács später Generalkonsul werden könnte. Nachdem der Staatssekretär früher im Ministerpräsidentenamts für die Ausgestaltung und Koordinierung der ungarischen EU-Politik verantwortlich war, zeigen diese Verschiebungen, dass die Koordinierung der EU-Angelegenheiten künftig eindeutig von Judit Varga gesteuert werden wird.

BIS ZU DEN KOMMUNALWAHLEN KOMMT ES GANZ SICHER ZU KEINER REGIERUNGSUMBILDUNG

Ministerpräsident Viktor Orbán nahm bislang eine einzige Umstellung in seiner Regierung vor, wobei nahe zur Halbzeit des vierjährigen Mandats weitere Veränderungen folgen könnten. Die Ernennung von Judit Varga zur Ministerin erfolgte notgedrungen, mit der Arbeit seiner Kabinettsmitglieder dürfte der Regierungschef zufrieden sein. Deshalb wird es bis zu den Kommunalwahlen ganz sicher keine Regierungsumbildung geben, während im Anschluss daran – nachdem sich zwei reine Regierungsjahre ohne Wahltermine anschließen – ein Umbau im Sinne einer Feinabstimmung der Regierungsstrukturen folgen könnte. Früher hatte der Ministerpräsident bereits angedeutet, eine anderthalbjährige Periode einer Verfassungsrevision einzuleiten. Das könnte zugleich damit einhergehen, die Strukturen der Exekutive weiterzudenken, eventuell auch unter Lockerung des Systems integrierter Ministerien.

PROGNOSE

- Nach den Kommunalwahlen in Ungarn könnte Russlands Präsident Wladimir Putin Ende Oktober zu einem Besuch nach Budapest kommen. Abgesehen von den regelmäßigen Konsultationen der Außenminister beider Länder dürfte sich die Öffentlichkeit auch an das jährlich fällige Gipfeltreffen des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem russischen Präsidenten gewöhnt haben.

Das letzte Mal besuchte Wladimir Putin Ungarn im August 2017; seither kam es zu keinem weiteren bilateralen Treffen im Karpatenbecken, wohingegen sich die Partner im vergangenen September in Moskau abstimmen konnten. Abgesehen von der Zielstellung ausgewogener politischer Beziehungen dürfte das nächste Treffen in erster Linie eine Bewertung der aktuellen Lage hinsichtlich der Erweiterung des Atomkraftwerks Paks bereithalten. Der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás wollte den Besuchstermin im Herbst nicht bestätigen, wohin gegen der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peschkow, eine Erklärung abgab, wonach die Vorbereitungen des Besuchsprogramms eingeleitet worden seien. Der Stand des Entwicklungsprojekts AKW Paks 2. dürfte in den Mittelpunkt des bilateralen Gipfels gelangen.